



Pressemitteilung Februar 2020
München, 10.02.2020

Soli weg - fürs Eigenheim

Wolfgang Kuhn, Präsident des Eigenheimerverbandes Deutschland e.V. hält die Pläne der großen Koalition für verfassungswidrig, den Solidaritätszuschlag bei einem Teil der Berufstätigen weiter zu erheben. Der Eigenheimerverband unterstützt die Verfassungsklage des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft gegen die Soli-Pläne der Bundesregierung.

Eine Ergänzungsabgabe, die es im Grundgesetz gar nicht gibt, darf der Gesetzgeber – so die Sicht einer Mehrheit der Staats- und Steuerrechtler – nicht zur Befriedigung irgendeines allgemeinen Finanzierungsbedarfs erheben. Es muss dafür außerordentliche und legitimierende Gründe geben und es muss klar sein, dass der Bedarf nicht anders gedeckt werden kann.

Wolfgang Kuhn ist überzeugt: „Der Solidaritätsbeitrag wurde bei seiner Einführung von der Bevölkerung zur Bewältigung der besonderen Situation nach der Wiedervereinigung als notwendig hingenommen. Inzwischen liegt der Grund für die Einführung schon Jahrzehnte zurück und natürlich haben viele Zweifel, ob der Soli jetzt noch immer sinnvoll und notwendig ist. Deswegen ist es jetzt an der Zeit, den Beitrag wieder abzuschaffen und zwar für alle. Wir werden nicht hinnehmen, wenn für eine willkürlich gewählte Einkommensgrenze die Sonderabgabe erhalten bleibt und so der Mittelstand noch weiter belastet wird und an Wettbewerbsfähigkeit verliert.“

Der Eigenheimerverband fürchtet, dass gerade Familien, die eine eigene Immobilie finanzieren, von den Plänen der Bundesregierung unverhältnismäßig stark belastet werden. „Wenn Familien endlich wieder Spielraum bleibt, in die eigenen vier Wände zu investieren, dann schützt das vor Altersarmut und davon profitiert am Ende auch der Staat“, ist Wolfgang Kuhn überzeugt. Der Präsident bringt die Forderung mit dem Slogan auf den Punkt: „Damit es auch für das notwendige Dach noch reicht - der Soli muss weg. Und zwar für alle!“

Informationen zum Eigenheimerverband Deutschland e.V.

Der Eigenheimerverband Deutschland e. V. vertritt nachhaltig und konsequent die Interessen der in seinen Vereinen und Verbänden organisierten Eigenheimer, das sind derzeit ca. 120.000 Personen im gesamten Bundesgebiet. Zweck ist die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums für weite Teile der Bevölkerung. Damit trägt der Verband Mitverantwortung für die allgemeine Wohnungs- und Gesellschaftspolitik.

Der Eigenheimerverband Deutschland e.V. hat sich durch sein jahrzehntelanges Engagement im gesellschaftlichen wie im politischen Umfeld bekannt gemacht und breite Anerkennung erlangt. Er ist für seine angeschlossenen Mitgliedsverbände ein zuverlässiger Ansprechpartner bei allen Fragen rund um das selbstgenutzte Wohneigentum.

Der Verband hat als Spitzenverband des selbstgenutzten Wohneigentums an einer Vielzahl von Gesetzen, Vorschriften und Bestimmungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mitgewirkt. An den Veranstaltungen, die der Eigenheimerverband Deutschland e.V. durchführt, nehmen ständig auch Vertreter aus Politik und Gesetzgebung teil.

Mitglied im Eigenheimerverband Deutschland e.V. kann jede Organisation werden, welche die Förderung des Eigenheimgedankens nach ihrer Satzung verfolgt. In besonderen Fällen können auch erfahrene (natürliche oder juristische) Einzelpersonen Mitglied werden.

Derzeit vertritt der Eigenheimerverband Deutschland e.V. die Interessen von ca. 120.000 Mitgliedern.

Pressekontakt

Beatrice Wächter, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@eigenheimerverband.de

Eigenheimerverband Deutschland e.V., Schleißheimer Str. 205a, 80809 München

Telefon 089 / 307 36 60

Mobil 0160 / 90 232 855

Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten



Pressemitteilung Februar 2020
München, 11.02.2020

Mittelstandsallianz bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer

Die Partnerinnen und Partner der Mittelstandsallianz trafen sich zum gemeinsamen Austausch mit Bundesminister Andreas Scheuer im BMVI. Im Mittelpunkt standen die Themen Verkehr und digitale Infrastruktur.

In seinem Eröffnungsstatement sprach der Präsident des BVMW, Mario Ohoven, die Themen an, die den Mittelstand im Bereich der Infrastrukturpolitik besonders bewegen: der schleppende Breitbandausbau und Klimaschutzmaßnahmen, die generell zu begrüßen seien, aber nicht, wie z.B. Dieselfahrverbote, zulasten mittelständischer Unternehmen gehen dürften.

Andreas Scheuer ging in seiner Ansprache zunächst auf das Thema Mobilität ein und stellte klar: „Es müssen alle Mobilitätsvarianten berücksichtigt werden, für mich gehören dazu auch der saubere Diesel und der verbrauchsarme Benziner“. Sein Ministerium plane aber gleichzeitig für die Zukunft der Mobilität, wobei er die Technologieoffenheit seiner Abteilungen betonte. Da die Lösung nicht in der stetigen Senkung von CO₂-Grenzwerten liegen könne, so Scheuer, müsse ein langfristiger Plan zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor erarbeitet werden.

Das Problem des schleppenden Breitbandausbaus habe im Ministerium hohe Priorität. Der Minister verwies auf die Komplexität der Zuständigkeiten und Ansätze auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, was die Genehmigungs- und Bauverfahren erheblich verzögere. So seien finanzielle Mittel in Höhe von 5,8 Milliarden Euro für den Breitbandausbau bewilligt bisher aber lediglich 450 Millionen Euro davon abgeflossen. Hier sei die Umsetzung das Hauptproblem, nicht aber der politische Wille, so Minister Scheuer.

Anschließend eröffneten Karl Hülsmann, Präsident des bdo, und Michael Müller, Präsident des Bundesverbands Taxi und Mietwagen, die Gesprächsrunde mit Fragen zur geplanten Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Der Minister reagierte positiv, denn „die PBefG ist ein großes Stück, und wir brauchen alle Partner für die Umsetzung dieses Projekts. Wir müssen Lösungen bei Preisvorgaben und Modalitäten finden, damit wir für die Eigenwirtschaftlichkeit werben können.“

Beim autonomen Fahren sei der Gesetzgeber in der Zulassung weiter als die Unternehmen in der Entwicklung, sagte Scheuer auf die Frage nach geplanten Gesetzen in diesem Bereich von Katharina Rieke, Referentin beim Bundesverband Digitale Wirtschaft: „Wir werden Mitte des Jahres das

nächste Level in der rechtlichen Zulassung zünden, und ich bin gespannt, wann die Produkte diesen Rechtsrahmen ausnutzen werden.“

Der Hinweis des Director Public Affairs des Händlerbunds, Florian Seikel, nach Verkehrskonzepten für die Bewältigung des stetig steigenden Lieferverkehrs stieß auf großes Interesse des Ministers: „eCommerce treibt mich total um, und wir wollen nicht die Transporter in dritter und vierter Reihe in den Städten stehen haben. Ich will mobil und digital verbinden und dabei auch neue Ansätze, wie die Auslieferung mit Drohnen und Lastenfahrrädern unterstützen.“

Norbert Westfal, Präsident des BREKO, richtete in seinem Beitrag zur Zukunft der Breitbandförderung den Fokus auf das Modell einer Voucher-Förderung und betonte, dass „wir Förderung benötigen werden, um den eigenwirtschaftlichen Ausbau zu ermöglichen.“ Der Vizepräsident des Eigenheimerverbands, Markus Eppenich, unterstützte diesen Ansatz, denn „die Voucher-Lösung stellt auch für uns den favorisierten Lösungsansatz für schnellen Internetzugang für alle Hausbesitzer in Deutschland dar“.

Minister Scheuer betonte das Bestreben seines Ministeriums, diesen Forderungen Rechnung zu tragen und eine „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse durch die Schaffung einer belastbaren digitalen Infrastruktur zu gewährleisten.“ Dies müsse auch durch eine entsprechende öffentliche Kommunikation unterstützt werden: „Wir machen dem Bürger Angst mit den Anglizismen und Begriffen in diesem Bereich, dabei ist die Digitalisierung der notwendige Fortschritt, und der sollte positiv vermittelt werden.“

Informationen zum Eigenheimerverband Deutschland e.V.

Der Eigenheimerverband Deutschland e. V. vertritt nachhaltig und konsequent die Interessen der in seinen Vereinen und Verbänden organisierten Eigenheimer, das sind derzeit ca. 120.000 Personen im gesamten Bundesgebiet. Zweck ist die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums für weite Teile der Bevölkerung. Damit trägt der Verband Mitverantwortung für die allgemeine Wohnungs- und Gesellschaftspolitik.

Der Eigenheimerverband Deutschland e.V. hat sich durch sein jahrzehntelanges Engagement im gesellschaftlichen wie im politischen Umfeld bekannt gemacht und breite Anerkennung erlangt. Er ist für seine angeschlossenen Mitgliedsverbände ein zuverlässiger Ansprechpartner bei allen Fragen rund um das selbstgenutzte Wohneigentum.

Der Verband hat als Spitzenverband des selbstgenutzten Wohneigentums an einer Vielzahl von Gesetzen, Vorschriften und Bestimmungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mitgewirkt. An den Veranstaltungen, die der Eigenheimerverband Deutschland e.V. durchführt, nehmen ständig auch Vertreter aus Politik und Gesetzgebung teil.

Mitglied im Eigenheimerverband Deutschland e.V. kann jede Organisation werden, welche die Förderung des Eigenheimgedankens nach ihrer Satzung verfolgt. In besonderen Fällen können auch erfahrene (natürliche oder juristische) Einzelpersonen Mitglied werden.

Derzeit vertritt der Eigenheimerverband Deutschland e.V. die Interessen von ca. 120.000 Mitgliedern.

Pressekontakt

Beatrice Wächter, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@eigenheimerverband.de

Eigenheimerverband Deutschland e.V., Schleißheimer Str. 205a, 80809 München

Telefon 089 / 307 36 60

Mobil 0160 / 90 232 855

Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten

